

# Bedingungen rechtsextremer Machtergreifung heute

## Die Vermarktung der Demokratie

### Der Niedergang der Sozialdemokratie als Bedingung rechtsextremer Machtergreifung heute

Ein blaues Staatsoberhaupt ist der Republik knapp erspart geblieben. Umso schmerzvoller ist aber die geführte Debatte um den Aufstieg der Rechten/ der FPÖ heute. Bürgerliche reduzieren den Aufstieg der Rechten gerne auf den Streit in der großen Koalition und auf die mangelnde "Reformfreudigkeit" der Regierung. Linksliberale fordern mehr Bildung für die ungebildeten, rassistischen FPÖ-Wähler\*innen und die Sozialdemokratie ist davon überzeugt, dass die schrumpfenden Wähler\*innenzahlen an einem Kommunikationsproblem liegen – schließlich sei es einfacher, wie die FPÖ einfache Antworten auf scheinbar schwierige Fragen zu geben.

Im Folgenden will ich zeigen, dass der Erfolg der FPÖ heute ursächlich mit der Durchsetzung neoliberaler Ideen in Politik und Wirtschaft und der Veränderung der Sozialdemokratie zusammenhängt. Meine zentrale These ist, dass die Sozialdemokratie in den letzten 30 Jahren stark in den neoliberalen Umbau und die damit einhergehenden Veränderungen in der Arbeitswelt in Österreich eingebunden war, was langfristig zum Aufstieg der FPÖ beitrug.

### Die Sozialdemokratie im Fordismus

Nach dem Untergang der Vormachtstellung des britischen Königreiches nach dem 1. Weltkrieg und den "Roaring Twenties", setzten sich die USA als Hegemonialmacht nicht nur auf militärischer, sondern auch auf ökonomischer Ebene durch. Ausschlaggebend dafür war nicht zuletzt die Durchsetzung der *fordistischen Produktions- und Lebensweise*. Sie hat in den USA spätestens in den 1920er Jahren eingesetzt, in Europa begann die Hochphase des Fordismus spätestens mit Wiederaufbauprojekten 1945. Der Fordismus zeichnete sich zum einen durch Massenproduktion und Massenkonsum aus. Langlebige industriell-erzeugte Produkte wie Autos, Waschmaschinen oder Geschirrspüler waren nun für die breite Masse der Arbeiter\*innen erschwinglich – denn die Massenproduktion drückte die Preise, was zusammen mit den gestiegenen Löhnen den Massenkonsum ermöglichte. Wichtige Leitunternehmen waren in staatlicher Hand. Insbesondere durch das Monopol der öffentlichen Dienstleistungen im Bereich Infrastruktur wurde diese Alleinstellung des Staates als Garant des breitestmöglichen Zuganges nicht in Frage gestellt. Zum anderen war die Entstehung eines breiten Dienstleistungssektors für den Fordismus prägend. Der Fordismus ist gekennzeichnet durch die Ausdehnung der Lohnarbeit und dem Rückgang von traditioneller agrarischer oder selbstständig-

handwerklicher Arbeit. Es gab annähernde Vollbeschäftigung, Beschäftigungssicherheit, den Ausbau sozialer Sicherungssysteme und Löhne, von denen der große Teil der Bevölkerung leben konnte. Auch wenn Gewerkschaften – nicht zuletzt auf Grund ihres hohen Organisationsgrades – und Betriebsräte Einfluss auf die Betriebsleitung hatten, gehörten ihnen die Produktionsmittel nicht gemeinschaftlich.

Der Fordismus war nicht der Sieg der Arbeiter\*innenbewegung über den Kapitalismus, sondern der Klassenkompromiss im Kapitalismus, der für das Kapital und nicht über schmerzliche ökonomische Zugeständnisse organisiert wurde.

Die herrschende Klasse herrschte mit Hegemonie, nicht mit Zwang und Repression. Dem Kommunisten Antonio Gramsci folgend bedeutet Hegemonie die Fähigkeit einer Klasse, ihre eigenen Interessen zu universalisieren, indem sie selektiv die korporativen Interessen anderer Klassen in ihre Politiken integriert. Über ökonomische Zugeständnisse werden die sogenannten "Subalternen" eingebunden. Diese Zugeständnisse gehen niemals an die Grundfesten der kapitalistischen Produktionsweise: „aber es besteht auch kein Zweifel, daß solche Opfer und ein solcher Kompromiß nicht das Wesentliche betreffen können, denn wenn die Hegemonie politisch-ethisch ist, dann kann sie nicht umhin, auch ökonomisch zu sein, kann nicht umhin, ihre materielle Grundlage in der entscheidenden Funktion zu haben, welche die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt.“ (GH 13, §18, 1566-1567)<sup>1</sup>

Der große öffentliche Sektor ermöglichte es, auf Konjunkturen der Wirtschaft zu reagieren und ihnen gegenzusteuern bzw. sie auszugleichen. Gleichzeitig konnten in den staatlichen Betrieben andere Maßnahmen wie Umweltverträglichkeit oder Frauenförderung durchgesetzt werden. Diese Staatsform wird als fordistischer Wohlfahrtsstaat bezeichnet. Er reagiert auf Konjunkturzyklen der Wirtschaft antizyklisch, er investiert in Phasen geringen Wirtschaftswachstums. Dies bedeutete aber auch, dass politische Richtungsentscheidungen sich unmittelbar auf die Arbeitswelt auswirken konnten. In Österreich ist die Geschichte des Fordismus untrennbar mit der Sozialdemokratie verbunden. Unter ihrer Hegemonie wurde in den späten 1960er Jahren ein umfassendes Modernisierungsprojekt vollzogen. Während der Fordismus 1973/1975 in die Krise geriet, können wir in Österreich von einem „verspäteten Fordismus“ sprechen. (Unger 2001, 48f)<sup>2</sup> Die Sozialdemokratie war mit ihren Basisorganisationen in den Gemeindebauten und Dörfern präsent, die vielfältigen Hegemonie-Apparate, die schon in den 1920er Jahren eine zentrale Rolle

---

<sup>1</sup> Antonio Gramsci (1991-2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe Bd. 1-10; Hamburg. (zitiert als GH).

<sup>2</sup> Brigitte Unger (2001): Österreichs Beschäftigungs- und Sozialpolitik von 1970 bis 2000, in: Albers/Kohl:(2001, Hrsg.): Arbeitsmarkt und Sozialstaat. Ergebnisse einer Konferenz am Hanse-Wissenschaftskolleg in Delmenhorst, Sozialpolitik in Europa Band 8, Wiesbaden, Chmielorz.

eingonnen hatten (Duma/Lichtenberger 2016)<sup>3</sup>, politisierten alle Phasen und Stationen des Lebens. Die Funktionär\*innen und Mitglieder waren neben dem Fernsehen die zentrale Vermittlungsinstanz sozialdemokratischer Politik. Den erlebten eigenen sozialen Aufstieg verbinden bis heute viele Menschen mit dem Namen Bruno Kreisky. Die umfassenden Reformen im Bildungsbereich (bspw. die Öffnung der Universitäten, gratis Schulbücher für alle, Schüler\*innenfreifahrt etc.), aber auch zahlreiche Reformen im Bereich der Arbeitsverhältnisse (etwa die Einführung der 40-Stunden-Woche, die Erhöhung des Mindesturlaubs), Pensionserhöhungen und Steuererleichterungen für kleine Einkommen veränderten die Lebensbedingungen vieler Menschen ganz konkret. Gemeinsam mit der autonomen Frauenbewegung erkämpften die SPÖ-Frauen die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches innerhalb bestimmter Fristen und einige andere Meilensteine in der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung von Männern und Frauen. An dieser Stelle seien nur einige wenige genannt, etwa die Anerkennung der Karenz als Ersatzzeit für die Pensionsversicherung, die Ausweitung des Mutterschutzgesetz, die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Frauen- und Männerlöhnen in den Kollektivverträgen, die Einführung des Mutter-Kind-Passes, das Recht auf ein eigenes Konto und viele andere familienrechtliche Errungenschaften wie das Ende der Diskriminierung unehelicher Kinder im Erbrecht oder die Beendigung des alleinigen Rechtes des Mannes auf Bestimmung des Wohnsitzes aller Familienmitglieder. Auch die Kriminalisierung von Homosexualitäten wurde weitgehend – wenn auch nicht vollends – beendet.

Mit dem steigenden Wohlstand veränderten sich die Lebensweise und die Reproduktionsbedingungen – die daraus entstehende soziale Dynamik ließ Ende der 1960er neue soziale Bewegungen entstehen, die ein breites Feld gesellschaftlicher Themen politisierten.

Dazu gehören die Frauen- und Umweltbewegung, aus letzterer entstanden später die Grünen. Die Sozialdemokratie wurde aber auch von vielen Bewegungen als Vehikel der gesellschaftlichen Veränderung verstanden – sie trat mit ihnen in Dialog, wurde von ihnen kritisiert und nahm Forderungen auf.

Als Anfang der 1980er mit dem zweiten Ölpreis-Schock die Krise des Fordismus auch Österreich erreichte und die klassischen Krisenbearbeitungsmechanismen der österreichischen Sozialdemokratie nicht mehr griffen, fanden auch die konservativen und neoliberalen Argumente von ÖVP und (einer wirtschaftsliberalen) FPÖ in der Gesellschaft Anknüpfungspunkte. Konkret nicht nur in ihrem traditionellen Klientel, sondern auch im Kleinbürger\*innentum – gerade jene Fraktion, die durch die Politik der SPÖ aufgestiegen war. Spätestens mit den Wahlen 1986 endete die

---

<sup>3</sup> Veronika Duma / Hanna Lichtenberger (2016): Das Rote Wien. Sozialistische Stadt im konservativen Staat; in: Klasse verbinden, Luxemburg 2/2016; online verfügbar unter: [http://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2016/09/LUX\\_1602\\_E-Paper-richtig.pdf](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2016/09/LUX_1602_E-Paper-richtig.pdf) (abgerufen am 5. Dezember 2016).

sozialdemokratisch-reformistische Hegemonie (Atzmüller 2002, 2)<sup>4</sup> und an ihre Stelle trat eine rechtskonservative Hegemonie, die sich dadurch auszeichnete, dass wichtige Auseinandersetzungen zwischen bürgerlichen Klassenfraktionen selbst geführt wurden.

### **Die ökonomischen Veränderungen im Postfordismus und die Auswirkungen auf die Arbeitswelt**

Seit der Krise des Fordismus ist es zu einer massiven Verschiebung des Kräfteverhältnisses zum Nachteil der Subalternen gekommen. Die Stagnation der Löhne führte zu einer Verschuldung von privaten Haushalten in den USA, Europa und auch in Japan was als „sekundärer Ausbeutungsmechanismus“ bezeichnet wird (Sablowski/Demirović 2012, 81)<sup>5</sup>. Neben der Veränderungen der Zusammensetzung des Kapitals und dem Entstehen eines finanzdominierten Akkumulationsregimes sind Privatisierungen und Liberalisierungen wichtige Momente der Kennzeichen des Postfordismus bzw. Mechanismen zur Bearbeitung der Krise des Fordismus. In den 1980er Jahren wurden vor allem staatliche Industriebetriebe entweder ausgelagert und nach betriebswirtschaftlichen Regeln organisiert oder ganz privatisiert. Anfang der 1990er Jahre folgte europaweit dann der neoliberale Umbau öffentlicher Dienstleistungen, etwa Privatisierungen und Liberalisierung von Post, Nah- und Fernverkehr, aber auch Strom-/Gas- und Wasserversorgung. Durch die Privatisierungspolitik schnellten die Preise in die Höhe und der direkte Handlungsspielraum der Politik im Bereich der Preisgestaltung ging verloren.

Aber nicht nur für Konsument\*innen entstanden so Nachteile – auch der Arbeitsalltag für die Beschäftigten änderte sich grundlegend. Neoliberale Betriebslogiken führten zum Abbau der Belegschaft, zu verstärkter Konkurrenz zwischen Arbeitnehmer\*innen, der Entkoppelung von Entlohnung und Arbeitszeit, der Flexibilisierung des Arbeitstages und steigendem Arbeitsdruck. Zwischen 1996 und 2002 sanken die Beschäftigtenzahlen im Elektrizitätssektor mindestens um 40 Prozent, im Postsektor mindestens um 18 Prozent und bei der ÖBB um mindestens 20 Prozent. (Atzmüller/Hermann 2004, 66)<sup>6</sup>

Mit der Durchsetzung des Postfordismus steigen Arbeitslosigkeit und die Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums rasant an.

Der Klassenkompromiss des Fordismus wurde aufgelöst, korporatistische Modelle aufgekündigt. Prekarisierte atypische Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeitkräfte, Zeitverträge, Leiharbeit, neue Selbstständige und geringfügige Beschäftigung)

---

<sup>4</sup> Roland Atzmüller (2002): Wie macht man einer Arbeiterpartei?; In: [www.grundrisse.net/grundrisse04/4Arbeiterpartei.html](http://www.grundrisse.net/grundrisse04/4Arbeiterpartei.html)

<sup>5</sup> Alex Demirovic/ Thomas Sablowski (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa; in: Prokla 42 (1), S. 77-106.

<sup>6</sup> Roland Atzmüller und Christoph Hermann (2004): Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und industrielle Beziehungen in liberalisierten und privatisierten Dienstleistungsmärkten; in: Kurswechsel.

gewannen an Bedeutung – nur mehr wenige junge Menschen finden bei dem Einstieg ins Berufsleben heute eine unbefristete Vollzeitstelle.

## **Die politischen Veränderungen im autoritären Etatismus**

Nicht nur die Produktionsverhältnisse und die Zusammensetzung des Kapitals veränderten sich, auch auf der Ebene des Staates und der Politik können wir tiefgreifende Transformationsprozesse festhalten. Der Staatstheoretiker Nicos Poulantzas prägte den Begriff des autoritären Etatismus, um diese Veränderungen der Staatsform mitten in der Krise des Fordismus zu beschreiben. Der autoritäre Etatismus, der im Zusammenhang mit den strukturellen Veränderungen in den Produktionsverhältnissen auf globaler und nationaler Ebene steht, ist gleichzeitig Schwächung und Stärkung des Staates. Die verschärften Widersprüche im Machtblock erfordern mehr staatliche Interventionen und diese führen wiederum zu Politisierungsprozessen und politischen Verwerfungen. (Poulantzas 2002, 233ff.)<sup>7</sup> Poulantzas skizziert einige Kennzeichen des autoritären Etatismus:

- Den Verfall des Gesetzes gegenüber der Exekutive und eine tendenzielle Auflösung der Gewaltenteilung
- Die Stärkung der Exekutive im Kreislauf von Parteien, Abgeordneten und Verwaltung und eine zunehmende Personalisierung von Macht, insbesondere ökonomische Staatsapparate und Wirtschafts-/Finanzministerium gewinnen an Bedeutung
- Die Transformation des Parlaments, die unter anderem durch eine Lockerung der Beziehungen von Parteien zu ihrer sozialen Basis bzw. zum Machtblock geprägt ist und die eine Distanzierung zwischen Verwaltung und Abgeordneten bedeutet
- Die tiefgreifende Autonomisierung der Staatsbürokratie, wodurch die Verwaltung zu Ort und Akteurin der Ausarbeitung staatlicher Politik wird
- Parteien dienen lediglich als Vermittlungsinstanzen für Entscheidungen der Exekutive und sind nicht mehr der Ort der Ausarbeitung und Ausverhandlung von Politik. Parteien verlieren ihre Funktion als Repräsentantinnen bestimmter sozialer Gruppen.

Die Entstehung der europäischen Union ist ein deutlicher Ausdruck dieser Transformationsprozesse – so liegt das Initiativrecht bei der Exekutive, der EU-Kommission, lange Zeit spielte das EU-Parlament gar keine, heute nur eine geringe

---

<sup>7</sup> Nicos Poulantzas (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg, VSA-Verlag.

Rolle. (vgl. zum neoliberalen Charakter der EU auch Lichtenberger 2015)<sup>8</sup> Die Relevanz von Parteien in der Herstellung von Hegemonie und Konsens rückt in den Hintergrund, die einstigen «Volksparteien», die aus gesellschaftlichen Bewegungen entstanden, werden zu Wahlvereinen und deren Funktionär\*innen zu Vermittler\*innen zwischen Staatsapparaten und Wähler\*innen. Stephen Gill betont ähnlich wie Poulantzas vor dem Hintergrund des bereits eingeführten Hegemoniebegriffes von Antonio Gramsci, dass der Postfordismus „weniger mit Hegemonie [...] als zunehmend mit einer Politik der Vorherrschaft“ (Gill 2000, 41)<sup>9</sup> abgesichert ist. Der „disziplinierende Neoliberalismus“ führt dazu, dass Regierungen bestrebt sind, drei zentrale Momente für die Macht des Kapitals zu erfüllen: konsequente Politik, Vertrauensbildung und Glaubwürdigkeit dafür, bestimmte Interessen zu vertreten. Es geht darum, die „scheuen Rehe“ der finanzdominierten Akkumulation, die Anleger\*innen durch „den Bestand von Gesetz und Ordnung, den Schutz des Eigentums und die Anwendung von Regeln sowie eine vorhersehbare makroökonomische Politik“ zu überzeugen, Kapital zu investieren. Stephen Gill attestiert der postfordistischen Gesellschaft eine neue „Kultur des Marktes“, die in alle Bereiche eindringt und diese privatisiert und individualisiert oder für den Markt kommodifiziert, monetarisiert, ökonomisiert und erschließt.

Die Marktdisziplin und makroökonomische Prämissen wie Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Disziplin werden Teil aller gesellschaftlichen Verhältnisse.

Dazu gehört auch die Ökonomisierung von Diskursen, wodurch weitere Bereiche des Lebens von den Marktprinzipien durchströmt werden. Der Neoliberalismus, so argumentiert Alex Demirović, habe keine Strategie des Hegemonial-Werden-Wollens, vielmehr sei er eine „Herrschaftsstrategie [...], die versucht, soweit wie möglich ohne Konzessionen zu herrschen“ (Demirović 2008, 20)<sup>10</sup>. Der Neoliberalismus, so hält Demirović weiter fest, sei nicht darauf aus, einen neuen Kompromiss mit den Subalternen zu schließen, sondern verfolge seine kurzfristigen und unmittelbaren Profitinteressen, diskursiv untermauert mit „ökonomischen Sachzwängen, also dem Stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (ebenda).

## **Die neoliberale Sozialdemokratie und der Aufstieg der Rechten**

Der ideologische und organisatorische Niedergang der europäischen Sozialdemokratie vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen drückt sich am deutlichsten in der britischen Labour-Party und der deutschen SPD mit dem „Dritten Weg“ aus. Auch an der österreichischen Sozialdemokratie gingen diese Veränderungen nicht spurlos vorbei.

---

<sup>8</sup> Hanna Lichtenberger (2015): Chlorhenne oder neoliberales Ei?; in: ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 609. Online verfügbar unter: [https://www.akweb.de/ak\\_s/ak609/17.htm](https://www.akweb.de/ak_s/ak609/17.htm), abgerufen am 5. Dezember 2016

<sup>9</sup> Stephen Gill (2000): Theoretische Grundlagen einer neogramscianischen Analyse der europäischen Integration; in: Bieling, Hans Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie; Münster, S. 23-72.

<sup>10</sup> Alex Demirovic (2008): Neoliberalismus und Hegemonie; in: Christoph Butterwegge et al. (Hrsg.\*innen): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen; Wiesbaden, S. 17-33

1991 benannte sich die Partei unter Franz Vranitzky von *Sozialistische Partei* in *Sozialdemokratische Partei* um. Im 1998 verabschiedeten SPÖ-Parteiprogramm finden sich zentrale Schlagwörter des sog. "Dritten Weges" wieder, die wichtige Werte neu benannten. Aus „Gleichheit“ wurde „Chancengleichheit“, aus „Gerechtigkeit“ wurde die „gleichberechtigte Teilhabe aller an der Gesellschaft“. Der Begriff der „solidarischen Leistungsgesellschaft“ hielt Einzug. Die Sektionen, so werden die Basisorganisationen der SPÖ bezeichnet, verloren an Bedeutung, die Vorfeldorganisationen schränkten ihre Tätigkeiten ein oder entkoppelten sich von der Partei. Strategische Debatten wurden in kleinen Berater\*innengremien geführt während in weiten Teilen der Partei intellektuelle Debatten im Sinne der Arbeiter\*innenbewegung nicht geführt wurden. Die Partei funktioniert als PR-Apparat, politische Kommunikation wird kaum noch über den direkten Kontakt in der Nachbar\*innenschaft betrieben.

Die SPÖ hat sich nicht den Veränderungen der Klassenstrukturen in Österreich seit den 1970er gestellt, und reflektiert diese auch nicht in den eigenen Strukturen.

Das macht sich etwa an der sozialen Zusammensetzung wichtiger Gremien oder der Abgeordneten bemerkbar. Auch deshalb ist die SPÖ heute nicht mehr länger die Repräsentationsfigur der Arbeiter\*innenklasse in Österreich. Für viele der Privatisierungen zeichnete sich die Sozialdemokratie mitverantwortlich. Diese wurden mit der Notwendigkeit der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs legitimiert. In den 1990er Jahren unterstützen transnational-orientierte Kapitalfraktionen Jörg Haider's Aufstieg. Die FPÖ in der Regierung ab 2000 gemeinsam mit der ÖVP sollte jene neoliberalen Politiken gemäß den allgemeinen europäischen Tendenzen auch in Österreich umsetzen, gegen die sich selbst die Dritte-Weg-SPÖ gestellt hatte.

Die Sozialdemokratie konnte in der Opposition kein glaubhaftes Projekt formulieren und verpasste die Chance, die Partei wieder zu einem lebendigen Ort der Organisation und der Debatte zu machen. Der rhetorische Rückgriff auf soziale Fragen im Wahlkampf 2006 garantierte so zwar den ersten Platz, führte aber nicht zu einer Repolitisierung und nachhaltigen Stärkung der Strukturen der Partei. Aber auch wirtschaftspolitisch nahm die Sozialdemokratie in der großen Koalition unter Alfred Gusenbauer keine der Privatisierungen von Schwarz-Blau zurück. Sie konnte der Transformation des Staates und der Politik nichts entgegensetzen, sondern war Teil dieser Prozesse. In der SPÖ prangt eine Kluft zwischen dem Regierungsapparat und der Verwaltung und der Basis auf der anderen Seite. Auch sie funktioniert nur noch als der beschriebene Transmissionsriemen für Entscheidungen der Exekutive.

Nach der Parteiübernahme durch den deutschnationalen Flügel mit ihrem Kandidaten Heinz-Christian Strache fügte die FPÖ im Wahlkampf 2006 ihrem Logo die Zeile "soziale Heimatpartei" bei und markierte damit die taktische Neuausrichtung nach

Jahren unter Jörg Haider und der Beteiligung am neoliberalen Umbauprojekt ab 2000. Die FPÖ kombiniert soziale Fragen mit (vor allem antimuslimischen) Rassismus – dass gerade die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, und Sozialpolitik von Schwarz-Blau zur finalen Durchsetzung neoliberaler Agenden in Österreich geführt wurde wird mit dem Label der sozialen Heimatpartei quasi überschrieben. Diese Strategie scheint zu funktionieren. Leider fehlt uns eine klassentheoretisch unterfütterte Wahl- und Motivforschung in Österreich. Immer wieder geistern die hohen Zustimmungsraten unter den Arbeitern zur FPÖ durch die Medien. Aber auch, wenn diese Zahlen aus kritischer Perspektive nicht ganz leicht übertragbar sind, wundert es nicht, wenn viele Arbeiter\*innen das Gefühl haben, dass es immer schlechter wird. Selbst der Rechnungshof hielt vor wenigen Jahren fest, dass es zwischen 1998 und 2014 einen Reallohnverlust von 14 Prozent bei Arbeiter\*innen gegeben habe.

Die FPÖ inszeniert sich unter Strache als die politische Alternative zu den trägen Regierungsparteien. Und tatsächlich versteht sich die SPÖ heute eher als staatstragend und überidentifiziert sich mit der Verwaltung des Ist-Zustandes. Die SPÖ ist längst keine Bewegung mehr, die von einer gemeinsamen Idee zur grundlegenden Veränderung der Gesellschaft geprägt ist, auch nicht mehr der Ort, an dem Bewegungen zusammenkommen. Entsprechend dem Kern neoliberaler Politik denkt sie nur noch "klein", ein großes politisches Projekt scheint nicht vorhanden zu sein. Auch die Grünen können kein glaubwürdiges soziales Projekt formulieren, das breitere Teile der Gesellschaft mobilisiert. Mit ihren Wohlfühl-Wahlkämpfen, den bunten Tier-Plakaten und dem "Bio macht schön"-Stoffsackerl adressieren sie auch nicht jene Menschen, die am Ende des Monats nicht wissen, wie sie ein finanzielles Auskommen finden sollen.

Wenn wir den Durchmarsch der FPÖ stoppen wollen, müssen wir aber beginnen wieder groß zu denken und eine politische Bewegung aufbauen, die soziale Fragen in den Mittelpunkt stellt und Politik zu etwas macht, was Menschen involviert und eine Perspektive der tiefgreifenden Veränderung der Gesellschaft aufzeigt.

#### INFOBOX

Hanna Lichtenberger ist Politikwissenschaftlerin, Historikerin und Redakteurin beim Wiener Blogprojekt *mosaik – Politik neu zusammensetzen*. Für die Jungen Grünen hielt sie unter anderem Workshops zum Thema „Von Karl Marx zu Werner Faymann. Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie und ihrer Krise.“



## BUCHTIPP

Roland Atzmüller: Aktivierung der Arbeit im Workfare-Staat: Arbeitsmarktpolitik und Ausbildung nach dem Fordismus. Verlag: Westfälisches Dampfboot; Oktober 2013, 250 Seiten; ISBN-13: 978-3896919410

Das Buch beschreibt die herrschaftsförmige Anpassung und Veränderung der Fähigkeiten und Kompetenzen der Ware Arbeitskraft als Mechanismus der Krisenbewältigung in Folge der veränderten Arbeitsmarktpolitik.